

3/2012
WELTERNÄHRUNG

**Mehr Fleisch und Milch –
koste es, was es wolle.** Seite 2

**Einheimische Futterpflan-
zen statt Soja aus Übersee.**
Seite 5

Neue Regeln für das Land.
Seite 6

EDITORIAL



Tilman Santarius
Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

verdorrte Maispflanzen, aufgerissene Böden, verdurstete Tiere – solche Bilder des Elends sind meist aus ärmeren Ländern des Südens bekannt. Doch dieses Jahr haben die Wetterextreme im Norden zugeschlagen. Die USA stöhnen unter der schwersten Dürre seit einem halben Jahrhundert. Und wegen der stark globalisierten Agrarmärkte betrifft dies längst nicht nur amerikanische Verbraucherinnen und Verbraucher. Die USA sind der weltgrößte Exporteur von Feldfrüchten und stehen dafür seit langem in der Kritik. In Zeiten guter Ernten verdrängen die niedrigen Weltmarktpreise viele Kleinbäuerinnen und -bauern im Süden aus ihren Märkten. Auch Deutschland macht durch Fleischexporte Bauern im Süden ihre Existenzgrundlage streitig. Kommt eine Dürre, bleiben die Exporte plötzlich aus.

Das Klima-Desaster dieses Sommers zeigt erneut: auf Lebensmittel vom Weltmarkt ist kein Verlass. Deshalb müssen Kleinbäuerinnen und -bauern im Süden ermächtigt werden, die heimischen Märkte so weit wie möglich selbst zu versorgen. Darum geht es beim diesjährigen „Welternährungstag“ am 16. Oktober. Auch Germanwatch setzt sich dafür ein, dass Bauern-Kooperativen im Süden gestärkt werden, damit sie sich gegen Preisschwankungen am Weltmarkt und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels wappnen können. Wie auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, hier Einfluss nehmen können, lesen Sie auf Seite 6.

Mit den besten Grüßen,

Tilman Santarius
Vorstandsmitglied von Germanwatch

Klimawandel macht Hunger

Wetterextreme und ihre Auswirkungen auf die Welternährung



Mark Bergkamp schaut nachdenklich über sein von der Dürre in Mitleidenschaft gezogenes Maisfeld in der Nähe von Wichita, Kansas. Die USA erleben 2012 die schlimmste Dürre seit mehr als 50 Jahren; Ernteerträge im ganzen mittleren Westen werden durch die Trockenheit vernichtet.

Wie man sich täuschen kann: Noch im Frühjahr 2012 erwartete der Weltmarkt Rekordernnten für Getreide. Mittlerweile rechnet die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) damit, dass weltweit zwei Prozent weniger Weizen und Mais geerntet werden als letztes Jahr. Für Reis erwartet sie global stabile Erträge, allerdings mit Rückgängen in wichtigen Ländern wie z. B. Indien. Der wichtigste Grund für den globalen Ernteeinbruch ist die Dürre- und Hitzewelle in weiten Teilen der USA. Auch in Osteuropa, der Ukraine und Kasachstan litten die Erträge aufgrund der hohen Temperaturen. Bereits im Juni, als das Ausmaß der Dürre ersichtlich wurde, stiegen die Getreidepreise in den USA um mehr als 40 Prozent.

Da die USA der weltgrößte Getreide- und Sojaexporteur ist, hat die Dürre im mittleren Westen, dem wichtigsten Anbauggebiet, Auswirkungen auf den ganzen Erdball. Mittlerweile haben die Weltmarktpreise für Mais und Weizen historische Höchststände erreicht. Dies weckt Erinnerungen an die Lebensmittelkrise von 2008. An den Mechanismen und Rahmenbedingungen – stark globalisierte und intensivierte Landwirtschaft, Finanzspekulationen mit Grundnahrungsmitteln und Konkurrenz durch Futtermittel und Agrarkraftstoffe – hat sich seitdem nichts grundlegend geändert.

Auch diesmal werden mittelfristig wieder jene Menschen, die 60 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel verwenden, die größten Verlierer der Preissteigerungen sein. 2008 stieg die Zahl der Hungernden vorübergehend auf über eine Milliarde Menschen. Wenn diese traurige Rekordzahl in den kommenden Monaten nicht erneut überschritten wird, liegt das nur an der relativ stabilen Situation beim Reis.

Klimawandel als wichtigste Ursache

Seit Jahrzehnten prognostizieren Wissenschaftler, wie James E. Hansen, Direktor des Goddard Institute for Space Studies der NASA und Professor an der Columbia Universität, dass der Klimawandel zu häufigeren Wetterextremen wie Dürren, Überschwemmungen und Wirbelstürmen führen wird. Der Weltklimarat IPCC hat im letzten November dazu sogar einen Sonderbericht (SREX) verabschiedet. Dieser Trend lässt sich schon heute klar nachweisen: Noch in den 1960er Jahren gab es in den USA etwa genauso viele lokale Hitze- wie Kälterekorde. Seit 2000 nahm die Zahl der Hitzerekorde stark zu und die der Kälterekorde deutlich ab, so dass das Verhältnis jetzt 2:1 beträgt. In anderen Regionen der Welt ist der Trend ähnlich. Ohne den menschlichen Einfluss lässt sich diese Entwicklung nicht erklären. „Das ist keine wis- ▶

senschaftliche Theorie mehr. Wir erleben jetzt wissenschaftliche Fakten“, sagt Hansen.

Damit verschiebt sich auch die Diskussion darüber, wie sich der Klimawandel auf Landwirtschaft und Welternährung auswirken wird: Die Probleme kommen nicht erst auf uns zu. Erste wichtige sind bereits da! Schon die jetzigen Missernten und Preisanstiege sind (auch) eine Folge des Klimawandels. Dürren, wie sie gerade in den USA, Osteuropa und anderswo auf der Welt zu beobachten sind, werden zum Normalfall. Deshalb lassen sich Ernteerträge auch immer schwieriger vorhersagen. Dieses Jahr lieferte ein gutes Beispiel: statt der prognostizierten Rekorderte trat ein Rückgang der Produktion ein. Die Versorgungslage für Länder, die auf Importe gerade aus den USA angewiesen sind, wird damit weniger berechenbar. Betroffen sind vor allem der arabische Raum, aber auch viele afrikanische und zentralasiatische Länder.

Die Politik muss reagieren!

Wenn Landwirtschafts- und Ernährungspolitik auf diese veränderten Bedingungen nicht reagiert und sich anpasst, werden die sich häufenden Lebensmittelkrisen zu einer anhaltenden Lebensmittelkatastrophe. Dann ist nicht nur mit mehr Hungernden zu rechnen, sondern auch mit verstärkten sozialen Unruhen und heftigen Konflikten.

Die politische Debatte wird dieser Herausforderung allerdings kaum gerecht. Viele Diskussionen spielen sich vor allem in Expertenzirkeln der Vereinten Nationen ab und haben die Ebene praktischer Änderungen noch nicht erreicht. In Deutschland forderte Entwicklungsminister Dirk Niebel immerhin, den Verkauf von E10-Kraftstoff (mit 10 Prozent Ethanolanteil) sofort zu stoppen. Getreide gehöre in der aktuellen Situation nicht in den Tank, sondern auf den Teller. In den USA, wo dieses Jahr mit 40 Prozent ein sehr viel höherer Anteil der Maiseernte in die Treibstoffproduktion fließt als in Deutschland, findet die Diskussion eher innerhalb der

Landwirtschaft statt. Die amerikanischen Viehzüchter verlangen eine Änderung der Gesetze bezüglich obligatorischer Ethanolbeimischung im Sprit, um so den steigenden Futterkosten entgegen zu wirken.

Agrarkraftstoffe sind dabei ein wichtiger, aber nicht der bedeutendste Faktor. Minister Niebel und andere thematisieren die bedeutendere Flächenkonkurrenz zwischen Teller und Trog, also zwischen Nahrungs- und Futtermitteln, nicht. Dabei landet laut FAO mehr als ein Drittel der weltweiten Getreideproduktion in Tiermägen. Ursache hierfür ist der enorme Hunger auf Fleisch und Milch in den Industriestaaten und Schwellenländern. Ziel der Europäischen Agrarpolitik ist es, von diesem Boom zu profitieren und mehr tierische Produkte zu exportieren. Um den dafür notwendigen Bedarf an Futtermitteln zu decken, werden immer mehr Flächen, vor allem in Lateinamerika, für den Anbau von Soja als Futtermittel genutzt. Das heizt nicht nur die Flächenkonkurrenz, sondern durch den Umbruch neuer Flächen auch das Klima zusätzlich an.

Der jetzt schon stattfindende Klimawandel muss zu einer Reihe von grundlegenden Änderungen führen. Die Landwirtschafts- und Ernährungssysteme in allen Ländern sind so zu gestalten, dass sie besser an Wetterextreme angepasst sind. In der Regel heißt dies: vielfältigere, kleinteiligere Strukturen statt großflächigem Anbau von wenigen Produkten. Gleichzeitig muss Lagerhaltung sowohl auf regionaler wie auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielen, damit Produktionseinbrüche nicht sofort Versorgungskrisen auslösen. Die Anreize für Agrarenergie sind so zu setzen, dass diese möglichst effektiv genutzt wird. Auto-Kraftstoffe der ersten Generation gehören allerdings nicht dazu. Produktion und Konsum von Fleisch und Milchprodukten müssen in den Industrieländern deutlich verringert und ihr Zuwachs in den Entwicklungs- und Schwellenländern begrenzt werden.

Nur mit einer Strategie, die die menschliche Ernährung klar ins Zentrum stellt und dabei Einkommen für die Armen sichert und verbessert, lässt sich der Hunger auch in Zeiten des Klimawandels bekämpfen. Und gleichzeitig lässt sich ohne wirksamen Klimaschutz die Welternährung langfristig nicht sichern.

Tobias Reichert, Ben Toussaint

KURZFILM

Klimagericht



Im Mittelpunkt des Kurzfilms „Klimagericht“ stehen die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern. Der Regisseur Peter Wedel produzierte den Film im Auftrag von Germanwatch und Brot für die Welt und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Der Kurzfilm ist zu sehen auf www.germanwatch.org/de/3831 und kann über versand@germanwatch.org auf DVD (gegen Versandkosten) bestellt werden.

Mehr Fleisch und Milch – koste es, was es wolle

Exportorientierte Tierproduktion schadet Klima und Umwelt

Die Tierhaltung in Deutschland und der EU unterliegt seit Jahrzehnten einem dramatischen Strukturwandel hin zu größeren Betrieben. Fast zwei Drittel aller Mastschweine stehen in Ställen mit über 1.000 Tieren und fast drei Viertel der Masthühner in Betrieben mit über 50.000 Tieren. Die Betriebe konzentrieren sich in Deutschland im Nordwesten, vor allem Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Zuwächse sind aber auch in Ostdeutschland zu verzeichnen.

Diese Entwicklung ist vor allem das Ergebnis eines zunehmenden Kostendrucks, dem die meisten Betriebe durch Rationalisierung und Expansion begegnen. So reduzieren sie die Kosten pro Kilogramm Fleisch oder Liter Milch. Das ist in den letzten Jahren so weit gelungen, dass Deutschland nun Nettoexporteur von Schweinefleisch ist und sich mit Hühnerfleisch fast selbst versorgen kann. Noch vor zehn Jahren war es bei beiden Produkten auf umfangreiche Importe angewiesen. Bei Milch

und Rindfleisch blieb die starke Position als Nettoexporteur unverändert.

Dass Deutschland sich nun auch in der Landwirtschaft zum Exportmeister aufschwingt, geht allerdings massiv auf Kosten von Klima und Umwelt. Nach Schätzungen des bundeseigenen Thünen-Instituts für Agrarforschung **entstehen drei Viertel der Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft in der Tierproduktion, einschließlich des** ▶

Futtermittelanbaus. Die Emissionen aus Importfutter wie Sojaschrot sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Den Löwenanteil machen die Rinder aus, deren Verdauungssystem das klimaschädliche Methan freisetzt. Gleichzeitig geht durch die intensivere Produktion die Weidehaltung zurück. Diese hat jedoch das Potenzial, Kohlenstoff im Boden zu binden und so dem Klimawandel entgegen zu wirken.

Die intensive Landwirtschaft ist zudem auf die Zufuhr von mineralischem Stickstoff angewiesen. Dies führt zu höheren Emissionen des stark klimaschädlichen Lachgases, aber auch zu anderen Umweltbelastungen wie Nitrat im Trinkwasser. Dessen Konzentration ist vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung besonders hoch. Die Tierhaltung ist nach Analyse des 2011 von der Europäischen Wissenschaftsstiftung veröffentlichten „*European Nitrogen Assessment*“ auch hierbei der wichtigste Faktor, da ein Großteil der europäischen Getreideernte – und damit des Stickstoffdüngers – der Tierfütterung dienen. Der zunehmende Anbau von Futtergetreide, gerade von Mais, gefährdet darüber hinaus in vielen Regionen die Biodiversität und die Bodenfruchtbarkeit.

Auch für die menschliche Gesundheit drohen Gefahren. So erfordern die nicht tiergerechten Haltungsbedingungen, vor allem von Hühnern,



Tierhaltung ist die mit Abstand wichtigste Treibhausgasquelle in der Landwirtschaft.

den routinemäßigen Einsatz von Antibiotika. Dadurch können sich Resistenzen verbreiten, die die Behandlung von Krankheiten beim Menschen erschweren. Durch den Einsatz von Pestiziden und gentechnisch veränderten Pflanzen beim Anbau von Futtermitteln, sind beim Verzehr von Fleisch weitere Gefährdungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht auszuschließen (siehe Interview auf Seite 4).

Eine Tierproduktion, die den derzeitigen Konsum von Fleisch und Milch in Deutschland deckt und dazu noch Exporte ermöglicht, ist mit umwelt- und klimafreundlichen Methoden nicht zu erreichen. Agrarpolitik und KonsumentInnen müssen daher Anreize setzen, damit weniger und dafür höherwertiges Fleisch umwelt-, klima- und tierfreundlicher erzeugt wird.
Tobias Reichert

Bei der EU-Agrarreform geht mehr

Deutsche Regierung blockiert die guten Ansätze und bedient Agrarlobby

Noch nie wurde in der Öffentlichkeit so viel über Landwirtschaft diskutiert wie heute. Im Fernsehen sind immer mehr Bilder von Schweinen oder Hühnern in zu engen Ställen zu sehen. Antibiotika-Einsatz, Gentechnik und Landraub werden thematisiert. Das löst eine

gesellschaftliche Debatte über Lebensmittel und alles, was dazu gehört, aus und bringt die Agrarindustrie zumindest in Erklärungsnot.

In der anstehenden Agrarreform versucht die EU zureagieren. Bevor der EU-Landwirt-

schaftskommissar Dacian Cioloș im Oktober 2011 einen Entwurf für ein neues europäisches Agrargesetz vorlegte, führte er eine europaweite, für alle BürgerInnen offene Konsultation durch. Die Ergebnisse flossen in seinen Vorschlag ein. Die größten Änderungen soll es bei den Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe geben, die knapp die Hälfte des europäischen Agrarhaushaltes ausmachen. Bislang erhalten alle Betriebe einen einheitlichen Betrag pro Hektar, wovon große durchrationalisierte Betriebe besonders profitieren. Besondere ökologische Leistungen sind dafür kaum zu erbringen.

Das soll sich nach den Plänen der EU ändern. Wenn Betriebe Direktzahlungen weiterhin in voller Höhe bekommen wollen, dann müssen sie ökologische und soziale Mindestkriterien einhalten. Das bedeutet nach dem Vorschlag der EU-Kommission Anbau unterschiedlicher Ackerfrüchte, Erhalt von Dauergrünland und ökologische Vorrangflächen. Erfüllt der Betrieb dies nicht, werden 30 Prozent der Direktzahlungen gekürzt. Die restlichen 70 Prozent sollen für Großbetriebe an Arbeitskräfte ►



Schwein gehabt – von solchen Lebensbedingungen können Mastschweine in der Regel nur träumen.

gebunden werden. Beschäftigt ein Betrieb zu wenige Menschen, dann wird auch hier gekürzt.

Die Richtlinien sind zwar noch viel zu schwach um die nötige ökologische und soziale Wirkung zu erzielen. Außerdem legt die EU-Kommission immer noch Wert auf die Weltmarkt-orientierung, bei der Direktzahlungen helfen, billiger zu exportieren. Aber die Richtung ist dennoch neu und richtig, daher zu unterstützen und zu verbessern.

Nicht nur die deutsche Politik will diese kleinen Reformpflänzchen dennoch auszupfen und sträubt sich gegen nahezu jegliche Änderung. Die zyprische EU-Ratspräsidentschaft schlug gerade vor, einen Teil der Direktzahlungen zu

kürzen, der an ökologische Kriterien gebunden werden soll. Dadurch hätten Betriebe weniger Anreize, die höheren Auflagen zu erfüllen.

Bedingungslose Direktzahlungen dienen vor allem den Interessen der Agrarindustrie. Etwa denen der Fleischexporteure. **Die Ausfuhr von Schweinefleisch aus Deutschland stieg in den letzten zehn Jahren um 245 Prozent.** Diese Fleischexporte drängen auch zunehmend in Entwicklungsländer und können dort nachweislich die Märkte stören. Für die zunehmende Fleischproduktion wird immer mehr Soja als Eiweißfuttermittel vor allem aus Südamerika importiert; dort wiederum werden deshalb Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Ländereien verdrängt.

Die großen deutschen Schlachtunternehmen fürchten nun, dass die Kopplung der Agrarzah- lungen an ökologische und soziale Kriterien ihre Wettbewerbsfähigkeit verringert. Die Strategie der billigen Massenproduktion für den Weltmarkt würde damit gefährdet.

Die Lobby der Agrarindustrie konnte die deutsche Politik bislang erfolgreich beeinflussen. Für die Zivilgesellschaft gilt es daher, weiter öffentlichen Gegendruck aufzubauen. Dass mit dem EU-Parlament zum ersten Mal ein neuer Akteur mit über die Reform entscheidet, bietet dafür Chancen.

Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Das Grüne Gift – Sojaanbau in Argentinien und die Folgen für die Gesundheit der Menschen

Interview mit Sofia Gatica, Goldman-Preisträgerin 2012*, und Maria del Milagro Godoy von der Umweltgruppe „Mütter von Ituzaingó“ aus Cordoba, Argentinien



Foto: Volker Gehrmann

Sofia Gatica (links) und Maria del Milagro Godoy kämpfen gegen den Sojaanbau in Argentinien.

Wie sieht die Situation beim Anbau von Soja in Ihrem Land aus?

Sofia Gatica (SG): Auf über 19 Millionen Hektar wird ausschließlich Soja angebaut. Das sind 80 Prozent unserer landwirtschaftlichen Fläche. Für den Anbau werden nicht nur Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Feldern verdrängt. In meiner Region Cordoba gibt es zudem nur noch fünf Prozent Wald, der Rest wurde für das Soja gerodet. Das ist mittlerweile zu nahezu 100 Prozent gentechnisch verändert und wird intensiv mit Pestiziden, vor allem Glyphosat, besprüht.

Was sind für Sie die wichtigsten Treiber bei dieser Entwicklung?

SG: Es gibt zwei wichtige Treiber: die Unternehmen und die Regierung. Der Anbau von Soja wird vor allem von großen, oft multinationalen Agrarunternehmen beherrscht. Für sie ist das ein riesiges Geschäft. Dabei gibt es eine gewisse Komplizenschaft zwischen der Regierung und den multinationalen Konzernen. Seit 1996 ist gentechnisch verändertes Soja bei uns zugelassen. Aber auch die gegenwärtige Regierung unternimmt nichts zum Schutz der Bevölkerung. Im Gegenteil, sie fördert den Anbau von Gen-Soja sogar. Priorität haben dabei die Gewinne und nicht die Gesundheit der Bevölkerung vor Ort.

Welche Rolle spielt Europa und sein wachsender Soja-Bedarf für die Tierfütterung?

Maria del Milagro Godoy (MMG): Europa spielt als einer der Hauptabnehmer eine sehr bedeutende Rolle. Unsere Regierung will immer mehr produzieren. Dabei sind wir jetzt schon drittgrößter Exporteur von Soja.

Rund zwölf Millionen der etwa 40 Millionen ArgentinierInnen leben in Orten, die von Soja- und Maisfeldern umgeben sind. Welche Folgen hat das?

SG: Auch unser Dorf ist von drei Sojafeldern umgeben. Mein Haus, in dem ich 22 Jahre lang lebte, liegt nur 50 Meter davon entfernt. Der massive Pestizideinsatz macht uns alle krank. Bei 80 Prozent unserer Kinder wurden mittlerweile Agrochemikalien im Blut nachgewiesen und 33 Prozent der Bevölkerung sterben an Tumoren.

MMG: Ja, aber auch die Europäer müssen aufpassen. Egal, ob ihr Gen-Soja anbaut oder es importiert: es hat die gleichen Folgen. Bei uns werden Menschen durch das Glyphosat bereits krank, sie sterben daran. Europa importiert dieses Soja und verfüttert es an seine Tiere. So gelangt es auch hier in die Menschen, die dann natürlich auch geschädigt werden. Wenn also der Import von gentechnisch verändertem Soja nicht gestoppt wird, sehe ich für Europa eine düstere Zukunft.

Sie sind für einen Importstopp?

SG: Ja, ich fordere von der EU einen Importstopp von gentechnisch verändertem Soja aus Argentinien. Alles andere macht uns und euch weiter krank und zerstört den Planeten.

Ein geringerer Import der EU bzw. die Einführung von Nachhaltigkeitsstandards für den Soja-Anbau sind für Sie keine effektiven Lösungsansätze?

SG: Nein. In Lateinamerika stellt sich die Frage nach nachhaltigem Soja nicht. Das ist nicht mehr möglich. Hier ist die gentechnisch ►

veränderte Sojapflanze überall präsent, in Argentinien, in Paraguay, in Uruguay. Es geht also darum, in Europa gesundes Futtermittel nachhaltig anzubauen; Leguminosen etwa.

Seit Jahren kämpfen Sie gegen den Pestizideinsatz beim Sojaanbau in Ihrem Land. Im August wurden nun erstmals ein Soja-Produzent und ein Eigentümer eines Kleinflugzeuges, wenn auch auf Bewährung, wegen der Sprüheinsätze verurteilt. Welche Bedeutung hat das Urteil für Sie?

MMG: Auch wenn sie nicht wirklich bestraft wurden und nicht ins Gefängnis müssen: Es ist ein sehr wichtiger Präzedenzfall. Pestizide in Gebieten auszubringen, wo Menschen wohnen, ist seit Jahren verboten. Es kümmerte nur keinen. Mit diesem Urteil wurde jetzt erstmals ein solcher Pestizideinsatz zu einem Delikt erklärt. Das bedeutet, dass von nun an überall in Argentinien diejenigen verurteilt werden können, die Pestizide in bewohnten Gebieten ausbringen. Das stärkt uns natürlich. Es kann aber nur der erste Schritt sein. Der Planet gehört allen. Wir

haben nur einen. Unsere Vorfahren haben uns eine bunte Welt hinterlassen. Diese Biodiversität ist wichtig. Und die wollen wir bewahren.

Interview: Marco Klemmt

**Der Goldman Environmental Prize ist einer der bedeutendsten Umweltschutz-Preise. Er wird seit 1990 jährlich sechs „Umwelt-HeldInnen“ verliehen.*

Einheimische Futterpflanzen statt Soja aus Übersee



Ein Projekt in Nordrhein-Westfalen zeigt Möglichkeiten auf

Die großen Unternehmen des Agrarhandels sowie Vertreter der Futtermittelindustrie behaupten immer wieder: „Es geht nicht ohne Import-Soja“. Aber ist das wirklich so? Wahr ist, dass die EU große Mengen Soja überwiegend aus den USA, Brasilien, Argentinien und in jüngster Zeit auch zunehmend aus Paraguay importiert. Jährlich landen so über 30 Millionen Tonnen der eiweißreichen Bohne zumeist in den europäischen Futtertrögen. Allein in Deutschland sind es 4,5 Millionen Tonnen Sojaschrot – das entspricht einer Ackerfläche von etwa 2 Millionen Hektar, die wir „importieren“.

In Deutschland bietet sich der Anbau von Körnerleguminosen (Hülsenfrüchtler) an. Neben Ackerbohne, Erbse und Lupine auch regional die Sojabohne. Nicht zu vergessen die Leguminosen im Feldfutterbau wie Klee oder Luzerne, die im Gemenge mit Gras ein sehr schmackhaftes und eiweißreiches Grundfutter speziell in der Rindviehfütterung sind. Aber leider werden sie viel zu selten angebaut. Nur noch auf 350.000 von insgesamt 12 Millionen Hektar der deutschen Ackerfläche finden sich Klee-Grasgemenge oder Körnerleguminosen. In den 1950er Jahren wuchsen sie noch auf 1,4 Millionen Hektar. Da sie durch ihre Knöllchenbakterien in der Lage sind, den Luftstickstoff zu nutzen, sind sie quasi Selbstversorger. Eine zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft, billiger synthetischer Stickstoff und die arbeitsteilige Welt sind nur einige Gründe für ihren massiven Rückgang.

Von einer Autarkie bezüglich der Versorgung mit Eiweißfutter für Europa und für Deutschland soll hier gar nicht geträumt werden. Aber einen Großteil des Sojas zu ersetzen, ist sinnvoll und machbar. Innerhalb des in Nordrhein-Westfalen laufenden Projektes „Vom Acker in

den Futtertrog“ begleitete die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in den letzten zwei Jahren konventionelle wie auch ökologische Betriebe beim Leguminosenanbau.

Es zeigte sich, dass die für diese Region typische Körnerleguminose Ackerbohne durchaus sehr gute Erträge liefert. Im Idealfall konnte sie ökonomisch mit den Hauptkulturarten Weizen, Raps und Mais konkurrieren. Die Betriebe setzen die Ackerbohne auch erfolgreich in ihrer Futtermischung ein und sparen an Import-Soja. Bei den aktuell hohen Sojaschrotpreisen ist dies sehr lukrativ für die Landwirte.

Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass es auch pflanzenbauliche Probleme gibt. Speziell im ökologischen Landbau spricht man deshalb von der sogenannten „Leguminosenmüdigkeit“ – ein Sammelbegriff für nachlassende Erträge dieser Kulturarten. Verstärkte Forschungs- und Zuchtungsaktivitäten könnten hier für Abhilfe sorgen.

Dies allein reicht aber nicht aus. Marktanreize sind zu schaffen und diese werden mitunter beeinflusst durch politische Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen. Eine ist die „vielfältige Fruchtfolge“. Bei dieser in einigen Bundesländern angebotenen Agrarumweltmaßnahme verpflichten sich Landwirte, auf ihren Flächen mehrere Kulturen anzubauen. Darunter auch zwischen fünf und zehn Prozent Leguminosen, wofür sie einen finanziellen Ausgleich erhalten.



Ackerbohnenenernte in Warstein/Westfalen

Noch nachhaltiger wäre ein vorgeschriebener Anteil von Leguminosen auf europäischer Ebene. Innerhalb der Debatte zur EU-Agrarreform streiten Umweltverbände und die AbL dafür, dass zukünftig nur noch diejenigen die vollständige Höhe der Direktzahlungen bekommen, die in der Fruchtfolge einen verbindlichen Mindestanteil von 20 Prozent Leguminosen einhalten. Dies wäre ein großer Schritt Richtung wirklicher Nachhaltigkeit und würde manche ökologischen und sozialen Folgen des jetzigen Sojaanbaus lindern.

Christoph Dahlmann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Weitere Infos:

www.vom-acker-in-den-futtertrog.de

UNTERSCHRIFTENAKTION



HUNGER DURCH ARMUT. VERDÄCHTIG: EUROPA

Nahrungsmittel aus europäischer Überfluss-Produktion machen mit künstlich billig gehaltenen Preisen regionale und lokale Märkte in armen Ländern kaputt. Dadurch werden die Bäuerinnen und Bauern ihrer Lebensgrundlage beraubt. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner kann das ändern. Machen wir Druck auf die Politik:
Jede Stimme zählt!

Im Jahr 2013 wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) für die Periode 2014-2020 beschlossen. Erheben Sie Ihre Stimme gegen Armut und unterschreiben Sie diese Forderung an die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

zeigen Sie der Welt, dass für die Bundesrepublik Menschenrechte immer noch wichtiger sind als wirtschaftliche Interessen. Sorgen Sie dafür, dass bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) das Recht auf Nahrung der Entwicklungsländer in den Gesetzen behandelt wird und einen eigenen Artikel bekommt! Bestehen Sie auf eine Beschwerdestelle, die Betroffenen offen steht.

Meine Stimme haben Sie.

Unterschreiben Sie hier:

www.deine-stimme-gegen-armut.de

DEINE STIMME GEGEN ARMUT setzt sich in Kooperation mit Meine Landwirtschaft dafür ein, dass diese Forderung Gehör findet. Die Kampagne **Meine Landwirtschaft** ist getragen von über 40 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit – auch Germanwatch gehört dazu.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT



Neue Regeln für das Land

Freiwillige UN-Leitlinien für Investoren und Regierungen

Weltweit nehmen die Investitionen in Land, Wälder und Fischerei-Ressourcen zu. Großflächige Transaktionen führen regelmäßig zu Konflikten über Eigentum und Nutzungsrechte, bei denen vorherige Nutzer oft benachteiligt werden („land grabbing“). Daher entstand im UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit – angelehnt an die positiven Erfahrungen mit ähnlichen Leitlinien zum Recht auf Nahrung – die Initiative, freiwillige Leitlinien für die gute Regierungsführung zu formulieren. Vertreter von Staaten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft verhandelten gemeinsam in einem dreijährigen

Prozess die nun beschlossenen „*Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Kontext nationaler Ernährungssicherheit*“.

Das Dokument betont menschenrechtliche Standards und Rechtsstaatlichkeit und formuliert Mindeststandards für Behörden und Investoren. Es stellt klar, dass für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung der Zugang zu Land, Wäldern und Fischereigründen zentral ist, und dass es ohne langfristige und umfassende

Flächennutzungsplanung nicht gelingen kann, neue Investitionen für eine breitenwirksame ländliche Entwicklung zu nutzen.

Werden die Leitlinien angewendet, können sie ein wichtiger Schritt sein, um die Situation von Kleinbäuerinnen und -bauern in den Ländern des Südens entscheidend zu verbessern. Mit ihren Mindeststandards könnten die Rechte besonders armer und an den Rand gedrängter Bevölkerungsgruppen besser als bisher geschützt werden. Die Leitlinien sehen vor, dass ihnen der Zugang zu den Ressourcen, von denen ►

ihr Einkommen und ihr Überleben abhängt, zu sichern ist bzw., sollte das Land anders genutzt werden, sie angemessen zu entschädigen sind. Die neuen Leitlinien führen darüber hinaus aus, wie die Beteiligung aller Betroffenen sichergestellt und wie traditionelle sowie informelle Nutzungsrechte wahrgenommen und abgesichert werden können. Außerdem erläutern sie, wie die Interessen indigener Völker zu berücksichtigen sind. Die Korruptionsbekämpfung hat dabei einen hohen Stellenwert.

Die Stärke eines solchen freiwilligen völkerrechtlichen Dokumentes liegt darin, das es universell anerkannte Standards einer menschenrechtlich verantwortlichen Landpolitik beschreibt, da sie von allen Mitgliedern des Welternährungsausschusses einstimmig angenommen wurden. Durchsetzen lassen sich solche Standards dadurch, dass Zivilgesellschaft sie einfordert, dass verantwortliche Mitarbeitende von Regierungen sie zur Orientierung nutzen und dass Unternehmen, die in Land investieren, sich an die beschriebenen Verfahren und Absicherungen für besonders benachteiligte Gruppen halten. Die Freiwilligkeit des Instruments machte es möglich, schnell auf ein drängendes weltweites Problem zu reagieren. Auch ohne formell bindende Wirkung tragen die Leitlinien zur Standardentwicklung im Völkerrecht bei.

Dass sie im Konsens beschlossen wurden, ist wichtig. Abweichungen von ihnen lassen sich künftig nur schwer rechtfertigen. Investoren

wie Regierungen haben nun Maßstäbe für ihr Verhalten bekommen. Auch zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bauernorganisationen erleichtern sie die Argumentation und ein Monitoring von Regierungspolitik.

Positiv hervorzuheben ist, dass Deutschland durch das Landwirtschafts- und Entwicklungsministerium die Ausarbeitung dieser Leitlinien maßgeblich unterstützt hat. Die deutsche Entwicklungspolitik ist ihrerseits nun aufgerufen,

diese Leitlinien zum Maßstab ihres Handelns bei der Beratung und Unterstützung von Partnerländern zu machen. Private Investoren sollten die Leitlinien ebenfalls als Mindeststandard nutzen, um ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden.

*Michael Windfuhr,
Stellv. Direktor des Deutschen Instituts für
Menschenrechte und Vorstandsmitglied von
Germanwatch*



Foto: Fred Dotti

Der Zugang zu Ressourcen, vor allem Land, ist für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ländern des Südens lebenswichtig.

Tagungsbericht: „Grüner Handel – Rosige Zeiten?“

Am 28. September 2012 veranstaltete Germanwatch gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung, Powershift, Misereor und dem BUND als Abschluss eines zweijährigen, vom Umweltbundesamt geförderten Projektes die Tagung „Grüner Handel – Rosige Zeiten?“. Im Mittelpunkt standen die klima- und entwicklungspolitischen Folgen exportorientierter Landwirtschaft sowie grüner Technologien und erneuerbarer Energien.

Susanne Lottermoser vom Bundesumweltministerium betonte die Potenziale einer grünen Wirtschaft und den Beitrag, den freier Handel dazu leisten kann. Die Verantwortung für die ökologischen Effekte in globalen Produktionsketten sah sie vor allem bei den Unternehmen. Ulrich Hoffmann von der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), hob hervor, dass eine tiefgreifende systemische

Transformation der Wirtschaft nötig ist, die mit technologischen Ansätzen nicht zu leisten sei. Im Anschluss diskutierten die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Kerstin Andreae (Grüne), Ulrich Kelber (SPD) und Christian Ruck (CSU) zentrale, im Projekt entwickelte Forderungen: Unter anderem Klagerechte für Unternehmen in Investitionsabkommen abzuschaffen und ökologische Standards für Produktion und Import von agrarischen und mineralischen Rohstoffen auch mit (handels-)politischen Maßnahmen durchzusetzen. Die Europaabgeordnete Franziska Keller (Grüne) berichtete zum Abschluss von der Arbeit des Handelsausschusses im Europaparlament und diskutierte mit den BesucherInnen die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft bei anstehenden Entscheidungen.

Ben Toussaint

Im Rahmen des Projektes erstellte Studien und Analysen:

www.forumue.de

(Projekte > Klima und Handel > Publikationen)



Wie Landwirtschaftspolitik Menschen bewegt

Die Diskussion um die Reform der europäischen Agrarpolitik geht in die entscheidende Phase. Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“, deren Mitträger Germanwatch ist, hat dabei 2012 einiges bewegt: Über 20.000 Menschen demonstrierten im Januar in Berlin gegen Lebensmittelkandale, Gentechnik im Essen und Tierquälerei in Mega-Ställen und für eine nachhaltige, bäuerliche Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Bäuerinnen und Bauern in ganz Deutschland luden interessierte BürgerInnen ein, um unter dem Motto „Bauer hält Hof“ gemeinsam über die Zukunft der Landwirtschaft zu diskutieren. Im September gab es ein weiteres Highlight: den „Good Food March“.

An dieser europaweiten Aktion für eine faire und nachhaltige Lebensmittel- und Landwirtschaftspolitik beteiligten sich Menschen aus über 20 Ländern und fuhrten mit Fahrrädern und Traktoren vor allem aus Österreich, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden quer durch Europa bis vor das Europäische Parlament in Brüssel. Tausende unterstützen den Marsch mit einer Foto-Nachricht aus der Heimat. Die ersten 1.000 dieser Bilder und Forderungen zur EU-Agrarreform

übergab Henrik Maaß, ein junger Bauer aus Deutschland, in Form eines Buches an EU-Agrarkommissar Dacian Cioloş. Sichtlich beeindruckt, bestellte Cioloş gleich 27 weitere Bücher, um sie an alle Agrarminister der EU zu verteilen.

Nach den beiden erfolgreichen Demonstrationen in 2011 und 2012 plant die

Kampagne – anlässlich der Grünen Woche – eine weitere für 2013. Am Samstag, den **19. Januar 2013**, heißt es dann wieder: dick einpacken und raus auf die Straße!

Ausführliche Infos, Fotos und Termine zu den Aktionen unter:
www.meine-landwirtschaft.de



Foto: Jan Ganschow

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Foto: Peter Schiminger

Lutz Ribbe

Direktor der Naturschutzpolitischen Abteilung von EuroNatur, Koordinator der Plattform von Umwelt-, Bauern- und Entwicklungsverbänden zur Europäischen Agrarpolitik

Deutschland und die Europäische Union haben als wichtige Akteure im internationalen (Agrar-)Handel eine besondere globale Verantwortung. Ihr Handeln hat wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen, gerade auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Damit dieser entwicklungspolitische Blickwinkel in der agrarpolitischen Diskussion nicht verloren geht, braucht es Organisationen wie Germanwatch. Sie sorgen für den unerlässlichen und kompetenten Blick über den Tellerrand.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo:** Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo:** E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo:** E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- Exemplare dieser Zeitungsausgabe.** Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Hintergrundpapier:** Eine strategische Analyse des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio 2012. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/4724
- ➔ **Positionspapier:** Vorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik müssen die Probleme aus der industriellen Tierhaltung angehen. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/4709
- ➔ **Analyse:** Bausteine für die „Green Economy“ in den Trümmern der Doha-Runde? Vom Beitrag der WTO zum Green-Economy-Konzept für Rio+20. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/4453
- Hintergrundpapier:** Deutschland auf dem Weg in eine „Green and Fair Economy“? 5 Euro. www.germanwatch.org/de/4142
- ➔ **Studie:** Aus der Wüste in die Leere. Die politischen und ökonomischen Gründe für das Scheitern der Doha-Runde der Welthandelsorganisation. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/4330
- ➔ **Artikel:** Alter Wein in grünen Schläuchen. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/3370
- ➔ **Studie:** Saumagen und Regenwald. Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot: Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Gestaltung. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/3398
- Studie:** Noch keine fairen Handys. Folgestudie zur Unternehmensverantwortung von deutschen Mobilfunkanbietern. 5 Euro. www.Germanwatch.org/de/4956

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name _____

Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Ernährung / Entwicklung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum,
Marco Klemmt, Gerold Kier.
Stand: Oktober 2012.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 105.000.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Termine

■ **Berlin, 19.-21.10.12:** Konferenz „Paradoxien der Nachhaltigkeit - wie sozialgerecht sind ‚grüne‘ Technologien wirklich?“, u. a. mit Alpha Kaloga.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/5288

■ **Berlin, 22.10.12:** Konferenz „9. BMBF-Forum für Nachhaltigkeit“, u. a. mit einem Impulsvortrag von Dr. Manfred Treber.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/5062

■ **Neustadt a.d. Weinstraße, 24.10.12:** 3. Hambacher Gespräch: „Alternative zur ‚Politik ohne Alternativen‘? Die neuen sozialen Protestbewegungen“, u. a. mit Christoph Bals.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/5059

■ **Bonn, 25.10.12:** Germanwatch-Fachgespräch „Klimaschutz in der Wüste: was steht auf der Agenda des Klimagipfels von Doha?“, u. a. mit Sven Harmeling.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/5379

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.